

Inhalt:

David und Goliath

Was taugt das Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Zeiten der großen Koalition? Ein Jahr Kampf gegen Bremer und Bremerhavener Filz – Karoline Linnert und Matthias Güldner ziehen Bilanz. [... zum Artikel](#)

Der PUA „Rechnungsprüfungsamt“ – eine Chronik

Der Weg von einem Artikel in einer Internet-Zeitung zum Untersuchungsausschuss. [... zum Artikel](#)

CDU letztlich doch eingeknickt

Über die Erfahrungen mit dem Untersuchungsausschuss „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“ ein Gespräch mit Manfred Schramm und Doris Hoch. [... zum Artikel](#)

Machen Sie sich selbst ein Bild!

Der Abschlussbericht der großen Koalition zum Untersuchungsausschuss „Bau & Immobilien“ machte ein umfangreiches Minderheitenvotum der Grünen nötig. Matthias Güldner erläutert die Gründe dafür. [... zum Artikel](#)

Untersuchung abgeschlossen – und das war's dann?

Im grünen Minderheitenvotum des PUA „Bau und Immobilien“ wird ein Maßnahmenbündel zur Korruptionsbekämpfung vorgestellt. Hier die Forderungen in Kürze. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[Gastkommentar I](#)

[Gastkommentar II](#)

[Gastkommentar III](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

David und Goliath

Was taugt das Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Zeiten der großen Koalition? Ein Jahr Kampf gegen Bremer und Bremerhavener Filz – Karoline Linnert und Matthias Güldner ziehen Bilanz.

Große Koalitionen sind immer und generell schädlich für die Demokratie; so eine Meinung, die immerhin 34% der BremerInnen teilen. Der typische „Bremer Filz“ habe sich in den letzten Jahren eher ausgedehnt, finden noch ein paar Leute mehr. Und nach zwei Legislaturperioden großer Koalition seien SPD und CDU in ihren politischen Positionen kaum noch unterscheidbar, finden immerhin 63% der Bevölkerung des Landes.

Kann man also in Zeiten von 90%-Mehrheiten überhaupt sinnvolle Aufklärungsarbeit in Untersuchungsausschüssen leisten?

Im PUA Bau und Immobilien gab es hierfür am Anfang berechtigte Hoffnung und entsprechende Signale, verband die Bürgerin auf der Straße doch zunächst „Z“ wie Zechbau nicht mit „S“ wie SPD. Dies änderte sich schlagartig, als polizeiliche Ermittlungen beträchtliche Spenden der Firma Zechbau an die SPD hervorbrachten. Danach schloss die große Koalition sich alsbald mit den betroffenen Senatsbehörden, den privatisierten Bremer Gesellschaften, den Verdächtigen und ihren Anwälten zu einer Art „Schutzgemeinschaft Zechskandal“ zusammen. Kripo, Staatsanwaltschaft und die Grünen wurden diffamiert zu unliebsamen und unerwünschten „Schnüfflern“ in Angelegenheiten, die besser unter der feinen Bremer Damastdecke bleiben sollten.

Beim PUA Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven konnte die CDU ihre selbstständige Linie etwas länger durchhalten. Die Überzeugung, die SPD sei viel mehr von der Angelegenheit betroffen als sie selbst, nährte bis zum Schluss den Mut, eigene, zum Teil auch mit den Grünen kompatible Ansichten zu vertreten. Dass dennoch auch hier ein schöngefärbter und weißgewaschener Abschlussbericht herauskam, kann die CDU immer auf die „Koalitionsräson“ schieben. Notwendige Konsequenzen scheint die CDU in Bezug auf den Umgang mit dem Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven nicht anzustreben. Auf Dauer als kleines Beiboot an den Tanker SPD gekettet, hat sie den nötigen Bewegungsspielraum offensichtlich nicht.

Für eine kleine Oppositionsfraktion bedeuten Untersuchungsausschüsse viel Arbeit und Anstrengung, bringen wenig parlamentarischen Ruhm und machen eine Oppositionspartei noch angreifbarer als üblich. Aber keiner wird es in absehbarer Zeit wagen, den Bremerhavener Rechnungsprüfer wieder so frontal anzugehen wie zuvor. Und allzu kecke Umgehungen von Vergaberecht und Wettbewerbsgesetz wird es bei der Vergabe von Bauaufträgen so schnell nicht wieder geben. Und damit wäre dann auch ein Stück Wählerauftrag der Wahlperiode 1999-2003 für die Opposition erledigt.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Der PUA „Rechnungsprüfungsamt“ – eine Chronik

Mitte Dezember 2001 berichtete die Bremerhavener Online-Publikation „Nordsee-Kurier“ über ein Treffen, das im Herbst 2000 mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamts (RPA) der Stadt Bremerhaven, Mattern, und den Vorsitzenden der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Rosche, SPD, und Bödeker, CDU, stattgefunden habe. Dabei sollten die zwischen dem Leiter des RPA auf der einen und dem Stadtverordnetenvorsteher Beneken sowie Oberbürgermeister Schulz auf der anderen Seite bestehenden Konflikte ausgeräumt werden. Streitpunkte seien ein disziplinarrechtliches Ermittlungsverfahren gegen Mattern sowie die durch das RPA formulierten Bewertungen der Prüfergebnisse gewesen. Zugleich publizierte der „Nordsee-Kurier“ einen mit dem Datum des 19. September 2000 versehenen Vertragsentwurf, nach dem der Leiter des RPA auf einen Teil seiner verfassungsrechtlich verankerten Pflichten und Aufgaben verzichten und sich anderweitig bewerben sollte. Im Gegenzug stellte die Stadt eine schon länger anstehende Beförderung in Aussicht. Unterschriftenzeilen für den Stadtverordnetenvorsteher, den Oberbürgermeister und den Leiter des RPA seien dem Text angefügt gewesen. Mattern unterschrieb diesen Vertrag nicht. Auf Nachfragen des „Nordsee-Kurier“ bestritten OB Schulz und Stadtverordnetenvorsteher Beneken, den Vertragsentwurf überhaupt zu kennen. Auch eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2001 brachte kein Licht in die Angelegenheit. Alle Versuche der grünen Stadtverordneten, der Sache auf den Grund zu gehen und herauszufinden, wer die Verantwortung für das skandalöse Angebot trägt, wurden von SPD und CDU abgeblockt. Immer deutlicher wurde, dass Schulz, Beneken, Rosche oder alle drei gelogen haben mussten – wenn der Vertragsentwurf nicht vom Himmel gefallen ist.

Am 22. 4.2002 beantragte die grüne Bürgerschaftsfraktion einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der die „unzulässige Einflussnahme auf die Funktion, Amtsführung und Personalbesetzung des unabhängigen Rechnungsprüfungsamts der Stadt Bremerhaven“ aufklären sollte. Der Abgeordnete Manfred Schramm hat die Grünen im Ausschuss vertreten, als seine Stellvertreterin bestimmte die Fraktion Doris Hoch. Schramm und Hoch sind die Bremerhavener Abgeordneten der Fraktion.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

CDU letztlich doch eingeknickt

Über die Erfahrungen mit dem Untersuchungsausschuss „Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven“ ein Gespräch mit Manfred Schramm und Doris Hoch.

Frage: Sind die mit dem PUA verfolgten Ziele erreicht worden? Was sind für euch die wichtigsten Ergebnisse?

Schramm: Unserer Ansicht nach konnten die unzulässigen Einflussnahmen auf den RPA-Leiter festgestellt und nachvollziehbar dargestellt werden. Es ist dem PUA leider nicht gelungen, eindeutig die verantwortlichen Personen zu ermitteln. Allerdings sind wir aufgrund vieler Indizien davon überzeugt, dass der Stadtverordnetenvorsteher Beneken die „treibende Kraft“ für den Vertragsentwurf war. Der größte Erfolg ist das von Prof. Pottschmidt vorgelegte Rechtsgutachten. Darin wird die Unabhängigkeit des RPA eindeutig klar gestellt. In Bremerhaven wurden bereits Korrekturen bei der Zusammenarbeit zwischen RPA, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eingeleitet. Herrn Beneken ist die von ihm jahrelang praktizierte Dienstvorgesetztenfunktion abgesprochen worden.

Hoch: Die Zuständigkeiten rund um die Rechnungsprüfung sind jetzt klarer. Allerdings muss damit umfassend gearbeitet werden. Nur die Dienstanweisung zu ändern, auf deren Grundlage der RPA-Leiter arbeitet, wird die Probleme nicht lösen. Wir brauchen auch Transparenz bei den Prüfberichten. Diese müssen der Politik und letztlich auch der Öffentlichkeit zeitnah bekannt gemacht werden. Insgesamt müssen in Bremerhaven neue gesetzliche Grundlagen für die Rechnungsprüfung geschaffen werden.

Schramm: Wir haben Einblicke in die inneren Strukturen einer politisch dominierten Verwaltung erhalten. Wir haben miterlebt, wie mit unliebsamen Köpfen umgegangen wird. Das Vertrauen in die politische Führung und in die Funktion eines Stadtverordnetenvorstehers hat gelitten. Wir haben Verstöße gegen die Unabhängigkeit einer demokratisch legitimierten Behörde ermittelt.

Frage: Welche persönlichen Erfahrungen habt ihr beide mit dem PUA, der sogenannten „schärfsten Waffe der Opposition“ gemacht?

Hoch: Weil ein PUA mit ähnlichen Befugnissen wie ein Strafgericht ausgestattet ist, hatten wir auf mehr Nachdruck bei der Aufklärung der skandalösen Ereignisse gehofft. Wir mussten aber live erleben, was ein primär nach politischen Mehrheitsverhältnissen geprägter Ausschuss bedeutet: Bei sämtlichen wichtigen Abstimmungen waren wir unterlegen, seitens der SPD-Mitglieder gab es keinerlei konstruktive Mitarbeit. Sie waren von vornherein nicht an Aufklärung interessiert und haben nur ein Ziel verfolgt, Mattern los zu werden. Die Verwaltung in Bremerhaven war äußerst unkooperativ und hat durch die zögerliche Herausgabe der Akten das Verfahren erheblich verzögert.

Schramm: Der CDU-Politiker Röwekamp hat seine Sache als PUA-Vorsitzender ausgezeichnet gemacht. Trotz großer Koalition hat er in unserem Interesse, „Ross und Reiter“ zu ermitteln und zu benennen, gehandelt. Was den Abschlussbericht angeht, sind die Christdemokraten offensichtlich aus Koalitionsrason eingeknickt. Die Ergebnisse des PUA wurden nur sehr lückenhaft gewürdigt. Um so wichtiger ist es, dass viele unser Minderheitenvotum lesen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Machen Sie sich selbst ein Bild!

Der Abschlussbericht der großen Koalition zum Untersuchungsausschuss „Bau & Immobilien“ machte ein umfangreiches Minderheitenvotum der Grünen nötig. Matthias Güldner erläutert die Gründe dafür.

Im März 2002 beschloss die Bremische Bürgerschaft auf Antrag der grünen Fraktion den Untersuchungsausschuss Bau & Immobilien. Dessen Auftrag war es zu klären, ob es in Bremen unzulässige Einflussnahmen (Korruption) auf die politischen und administrativen Entscheidungsträger gegeben hat. Hintergrund für die Beantragung des Ausschusses durch die Grünen waren der Verkauf des im Stadtzentrum gelegenen sogenannten „Siemens-Hochhauses“ im Jahre 2000 an die Zechbau-Unternehmensgruppe und die Vergabe des „Investorengrundstücks Bahnhofsvorplatz“ an eine Bietergemeinschaft unter Beteiligung des Unternehmens Zechbau Anfang 2002. Hinzu kam die gleichzeitige Anmietung des veräußerten Siemens-Hochhauses über einen Zeitraum von 30 Jahren für Behördenzwecke durch die Stadtgemeinde Bremen. Zudem wurde Ende 2001 erstmals öffentlich bekannt, dass sowohl gegen den früheren Abteilungsleiter des Bauressorts und Geschäftsführer der BauManagement Bremen GmbH, Herrn Prof. Zantke, als auch gegen Verantwortliche des Unternehmens Zechbau staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts eingeleitet worden waren. Als Abteilungsleiter im Bauressorts war Herr Prof. Zantke in die Vergabeentscheidungsprozesse mehrerer – im Rahmen des Untersuchungsauftrags zu untersuchender – Komplexe involviert. Weitere Ermittlungsverfahren richteten sich gegen Behördenmitarbeiter und Verantwortliche der Bau- und Finanzierungsbranche.

Aufklärung im öffentlichen Interesse und Vorschläge für zukünftige Handlungsempfehlungen sind klassische Ziele jeder Untersuchungsausschussarbeit. In beiden Aufgabenfeldern ist die große Koalition im „Zech-Untersuchungsausschuss“ in Generalstreik getreten. Aus diesem Grund haben wir Grüne exemplarisch an den gravierendsten Problemobjekten Weserstadion, Polizeihaus Am Wall, Umbau der Lettow-Vorbeck-Kaserne zum neuen Polizeipräsidium und am Großmarkt all diejenigen Fakten in einem 90-seitigen Minderheitenvotum dargestellt, die SPD und CDU einfach ignoriert haben. Herausgekommen ist eine Chronique Scandaleuse der Tricks, Täuschungen, Manipulationen und Rechtsbrüche. Daran lassen sich Ziele und Methoden ablesen, der im Voraus ausgeguckten Firma letztendlich den profitablen Auftrag auch zuzuschustern.

Bei der Debatte der beiden so unterschiedlichen Berichte (des offiziellen Abschlussberichts = „Mehrheitsvotum“ und unseres „Minority Reports“) zeigten die VertreterInnen der großen Koalition die Verharmlosung der Bremer Verhältnisse in letzter Konsequenz. Deren Obleute Hermann Kleen (SPD) und Catrin Hannken (CDU) rügten nicht etwa den laxen Umgang ihrer SenatorInnen mit den der Bestechlichkeit oder Vorteilsnahme verdächtigen Beamten, nicht die zahlreichen Umgehungen von Ausschreibungen und Vergabevorschriften oder die unübersehbare Nähe vieler Entscheidungsträger in dieser Stadt zu der einen Bremer Baufirma. Nein – ihre Zielscheibe waren die Grünen, die mit Zantkes günstigen Privatbauten und Zechs Abo auf öffentliche Bauaufträge und Immobiliengeschäfte nur zusammenbrachten, was längst zusammengehört (ganz allgemein gesagt: Bestechlichkeit und Bestechung sind ja nur zwei Seiten derselben Medaille). Und außer uns bekamen auch Polizei und Staatsanwaltschaft die großkoalitionäre Kritik ab, da sie rein zufällig am 20.2.2003, dem Tag der Abschlussdebatte in der

Bürgerschaft, erneute Durchsuchungen bei der Firma Zechbau, bei der Bremer Bäder GmbH und in privaten Objekten durchführten.

Auch Bürgermeister Henning Scherf ließ es sich nicht nehmen, in die Abschlussdebatte einzugreifen. Nachdem er bei der Grundsteinlegung des Polizeihauses am Wall zwei Wochen zuvor Herrn Zech zu seinem Durchhaltevermögen gratuliert hatte, sang er nun seinen Oldie von der ach so verdienstvollen großen Koalition.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Untersuchung abgeschlossen – und das war's dann?

Im grünen Minderheitenvotum des PUA „Bau und Immobilien“ wird ein Maßnahmenbündel zur Korruptionsbekämpfung vorgestellt. Hier die Forderungen in Kürze.

1. Bewusstsein für das Thema Korruption schärfen

PolitikerInnen sind für Verwaltung und Unternehmen Vorbild in Sachen Umgang mit Korruption. Sie sollten nicht, wie Bürgermeister Scherf, mutmaßliche Straftäter wie Herrn Zech umarmen und loben, sondern sich konsequent für Chancengleichheit und Wettbewerb einsetzen, zum Wohle des Steuerzahlers.

2. Korruptionsregister

„Schwarze Listen“ von Firmen, die gegen einschlägige Verordnungen und Gesetze verstoßen haben. Sie bleiben für einen bestimmten Zeitraum von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen.

3. Informationsfreiheitsgesetz

Das Gesetz gewährt allen BürgerInnen Akteneinsichtsrecht – in Schweden als Mittel zur Korruptionsprävention bestens bewährt.

4. Firmen-TÜV

Die Einrichtung einer Prüfstelle, eine Art Firmen-TÜV, durch die die Zuverlässigkeit von Unternehmen beurteilt wird, die sich um öffentliche Aufträge bemühen („Amsterdamer Modell“).

5. Sonderdezernate

Schaffung von Sonderdezernaten bei Staatsanwaltschaft und Polizei, die sich auf die Bekämpfung von Korruption spezialisieren.

6. Stärkere Kontrolle der Bremer Beteiligungsgesellschaften

Vor allem die in den letzten Jahren privatisierten Gesellschaften erwiesen sich im Laufe der Ausschussarbeit als anfällig für die Umgehung von Ausschreibungsvorschriften.

7. Einführung eines Unternehmensstrafrechts

Bremen muss sich bundesweit dafür einsetzen, dass auch Unternehmen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

8. Konsequente Beachtung der Kontrollrechte des Landesrechnungshofs

Der Senat muss in Zukunft die Kontrollrechte des Rechnungshofs respektieren und nicht, wie im Ausschuss mehrfach dokumentiert, Anfragen übergehen oder bis zu einem Jahr mit der Beantwortung warten.

9. Korruptionsbekämpfung als Standortfaktor für Bremen

Der Senat fördert durch die konsequente Beachtung und Kontrolle der geltenden Vergabevorschriften Bremer Unternehmen auf dem nationalen und europäischen Markt.

10. Strenge Beachtung der Vorschriften für Annahme von Belohnungen

Der Senat hat zwar entsprechende Richtlinien erlassen. Die Anti-Korruptionsbeauftragten in den Behörden haben jedoch weder Informationszugang noch Sanktionsmöglichkeiten: Ein zahnloser Tiger.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Grünes Licht für Polizei

Die Abschlussdebatte um den PUA treibt Polizei und Staatsanwaltschaft durch die Stadt: Das vermutet zumindest Zech-Anwalt Prof. Backes im Weser-Kurier. Als „geplantes Timing“ bezeichnet er dort die am Tag der Bürgerschaftssitzung vorgenommenen Durchsuchungen bei Zechbau und der Bremer Bäder GmbH. Na wenn das so ist: Was wollen wir mehr als „kleine Opposition“?

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar I

Ein Amtsleiter bekommt von Bremerhavener Spitzenpolitikern einen Vertragsentwurf, in dem er aufgefordert wird, wesentliche Teile seiner Amtsverpflichtungen zu vergessen, um im Gegenzug eine eigentlich fällige Beförderung zu bekommen. Der Vorgang kommt ans Licht und wird in Bremerhaven von der Politik, aber auch von den Medien unter den Teppich gekehrt. Für die Grünen in der Bürgerschaft Grund genug, den Untersuchungsausschuss Rechnungsprüfungsamt einzurichten – um dessen Amtsleiter geht es.

Zu Recht gab es den Ausschuss, wie sich jetzt zeigt. Auch wenn die Arbeit des Gremiums nicht zu personellen Konsequenzen führte – es gibt Hoffnung, dass die nach jahrzehntelanger sozialdemokratischer Alleinherrschaft verfilzte Stadt jetzt wenigstens etwas anders regiert wird. Denn die große Koalition, aber gerade die SPD, kann sich nicht mehr sicher sein, dass solch skandalöse Vorgänge im Dunkeln bleiben. Die Bremer Genossen und Parteifreunde werden den Seestädtern genauer auf die Finger schauen.

Jan-Philipp Hein
freier Journalist, Bremerhaven

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar II

And the winner is ... Bremen!

„Generalverdacht aufgelöst“ (SPD), „steuerfinanzierte Standortschädigung“ (CDU) oder „Beweise für die unzulässige Einflussnahme auf Vergabeentscheidungen“ (Grüne) – wer wertet den Untersuchungsausschuss richtig? Die CDU schon mal nicht. Unter Korruptionsexperten gilt die rückhaltlose Offenlegung von Vergabepraktiken eher als Standortvorteil. Die SPD liegt auch falsch: Ein „Gegenbeweis“ ist generell schwer zu erbringen. In diesem Fall sah sich der Ausschuss außerdem einem „Kartell des Schweigens“ gegenüber: Schon die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte „gesäuberte“ Akten. Und im Ausschuss sagten die dicken Fische gerade mal Namen und Geburtsdatum. Daraus wird sich ein „Persilschein“ schwer ableiten lassen. Die Grünen müssen sich fragen lassen, was über die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft hinaus ans Licht gekommen ist. Die großen Enthüllungen sind ausgeblieben. Aus Bürgersicht ist das Geld für den Ausschuss trotzdem gut angelegt. Kompetenzwirrwarr zwischen den Behörden, fehlende Kostenberechnungen, illegale „freihändige“ Vergaben, Betrug bei der Grunderwerbsteuer, Unternehmer in internen Behördenrunden, staatliche Gesellschaften, die sich gegenseitig übers Ohr hauen: Auch wenn korruptes Handeln nur im Einzelfall nachzuweisen ist, auch wenn sich der Schaden mangels Alternativangeboten meist nicht beziffern lässt – die Aufgabenliste der Politik wäre lang. Die große Koalition will sie aber offensichtlich nicht angehen. Dennoch, schon jetzt dürfte in der Verwaltung mancher sensibilisiert sein: Bauvergabe wird in Bremen künftig mit spitzen Fingern betrieben werden. Gut so.

Jan Kahlcke
freier Journalist, Hamburg
(vormals taz Bremen)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar III

Bescheidene Ergebnisse

Der Untersuchungsausschuss hat nicht herausgefunden, welche Person(en) das Schriftstück verfasste(n), mit dem der Leiter des Rechnungsprüfungsamts (RPA) Bremerhaven „gefügtig“ gemacht werden sollte. Die Urheberschaft des beispiellosen Anschlags auf die Finanzkontrolle in Bremerhaven bleibt damit weiter im Dunkeln. Klarheit brachte ein vom Untersuchungsausschuss eingeholtes Rechtsgutachten zu der – ebenfalls strittigen – Rechtsfrage der Bewertung der getroffenen Feststellungen durch das RPA. Dem RPA stehe es grundsätzlich nicht zu, ein Verhalten als strafbar oder als Dienstvergehen zu qualifizieren. Ziel der Ermittlungen sei die Kontrolle des öffentlichen Finanzgebarens und nicht die Verfolgung von Vorwürfen gegen einzelne Personen.

Hier muss die Kritik an der bestehenden Rechtslage ansetzen. Dem RPA muss es erlaubt sein, die rechtliche Prüfung eines Sachverhalts in strafrechtlicher, disziplinarrechtlicher und haftungsrechtlicher Sicht anzuregen. Die Kommunalpolitik müsste dann ausführlich begründen, warum trotz der Anregungen seitens des RPA eine Überprüfung nicht erfolgen soll.

Es muss deshalb erneut die Forderung nach einem Amtsankläger erhoben werden. Dieser Amtsankläger soll keine neue Ermittlungsbehörde darstellen, sondern eine „schlanke und zielstrebige Instanz“ sein, die sich auf wesentliche Fälle aus Rechnungshofsberichten oder Feststellungen kommunaler Prüfungsämter konzentriert und hier wirklich etwas bewirkt.

Den erheblichen Streitereien in Bremerhaven wäre durch einen unabhängigen Amtsankläger von Anfang an der Boden entzogen gewesen.

Ralf Thesing, Justiziar

Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Brauchen wir in Bremen einen „Firmen-TÜV“?

Diskussionsveranstaltung mit Leo M. van der Wielen, Leiter der Amsterdamer Überprüfungsstelle für Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben.

Moderation: Matthias Güldner, MdBB

24. März 2003

18 Uhr

Haus der Bürgerschaft, Börsenhof A, Raum 301 C
Eingang Marktstraße, 28195 Bremen

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch + Satz: Thomas Kollande-Emigholz

Fotos: Jan Philipp Hein, Andrea Quick, Kerstin Rolfes

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)